

Vortrag und Podiumsdiskussion
"Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit -
Auswirkungen und verwehrte Entschädigung heute"

Zeit: Mittwoch, den 5. Dezember 2018, 18.00 Uhr

Ort: "Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie", Haus 7, Raum 427, Ruschestr. 103, 10365 Berlin.

Grußwort

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)

Begrüßung

Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender

Impulsreferat "Zersetzen. Strategie einer Diktatur"

Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Politikwissenschaftlerin, Autorin

Im Anschluss Podiumsdiskussion mit:

Stefanie Knorr, Dipl.-Psychologin, Beratungsstelle "Gegenwind" für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur

(gesundheitliche Auswirkungen von Zersetzungsmaßnahmen)

Petra Morawe, LAKD Brandenburg, Referentin für Rehabilitierung und Entschädigung, Bürgerberatung

(Probleme bei der Rehabilitierung und Entschädigung von Zersetzungsmaßnahmen sowie mögliche Lösungswege)

Dr. Martin Morgner, Historiker, Schriftsteller

(in der DDR selbst von Zersetzungsmaßnahmen betroffen, Autor der Bücher "Zersetzte Zeit 1973-84" und "Deckname 'Maske'. Die Künstlergemeinschaft Mecklenburg 1980/81")

Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender

(als politischer Häftling freigekauft, dann in Westberlin von Zersetzungsmaßnahmen des MfS betroffen)

Moderation: *Isabel Fannrich-Lautenschläger*, freie Journalistin

Mit der "Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge" gab das MfS ein Instrumentarium verschiedenster Zersetzungsmaßnahmen vor, die sich tief und zerstörerisch im privaten und beruflichen Leben der Betroffenen auswirkten. Die Richtlinie kam zur Anwendung z.B. gegen oppositionelle Gruppen und Einzelpersonen, unangepasste Künstlerkreise oder die alternative Umwelt- und Friedensbewegung. Die Folgen von Zersetzungsmaßnahmen setzen sich bis in die Gegenwart fort, Betroffene leiden unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen und nicht zu kompensierenden materiellen Defiziten. Die derzeit theoretisch zur Verfügung stehende Möglichkeit einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung ist quasi nur symbolisch, da aus ihr zunächst keine Entschädigungsleistungen resultieren und eine Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden häufig verwehrt wird.

Am 19.10.2018 verabschiedete der Bundesrat eine "EntschlieÙung zur Verbesserung der sozialen

Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze" (Bundesrat, Drucksache 316/18 Beschluss). Mit dieser EntschlieÙung wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, nach Wegen zu suchen, Opfern von Zersetzungsmaßnahmen den Zugang zu Entschädigungsleistungen zu ermöglichen. Die UOKG-Veranstaltung soll das Anliegen dieser Bundesratsinitiative unterstützen und eine breitere Öffentlichkeit dafür schaffen.

Veranstaltungsort: "Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie", Haus 7, Raum 427, Ruschestr. 103, 10365 Berlin.

Dort ist auch die Ausstellung "Einblick ins Geheime: Die Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv" untergebracht und kann vor Veranstaltungsbeginn besichtigt werden.

Eine Veranstaltung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. in Kooperation mit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)

Gefördert mit Mitteln der
Bundesstiftung zur
Aufarbeitung der SED-
Diktatur.



In Kooperation mit

